
S O Z I A L E N Z Y K L I K E N I M F O K U S

- Schwarz: Sozialzyklen markieren historische Wendepunkte** 2
Kärntner Bischof in "Kathpress"-Interview anlässlich der Jubiläen von "Rerum novarum" und "Centesimus annus": Nach Positionierungen 1891 zur Arbeiterfrage und 1991 zum Fall des Kommunismus wirbt heute Papst Franziskus für Lebensstil nach dem Grundsatz "weniger ist mehr"
- Gabriel: Sozialzyklen immer noch "faszinierend aktuell"** 3
Wiener Sozialethikerin Ingeborg Gabriel, Sozialakademie-Expertin Paloma Fernandez de la Hoz und KAB-Vertreter Philipp Kuhlmann blicken auf "Rerum novarum" und "Centesimus annus" zurück
- Schambeck: Wende von 1989 brachte kein Ende der sozialen Frage** 5
Gründungsmitglied der Päpstlichen Sozialakademie: Österreichische Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft bis heute Beispiel für Aktualität der kirchlichen Soziallehre
- Theologin: Katholische Soziallehre für TTIP wichtig** 6
Freiburger Expertin Nothelle-Wildfeuer gegen drohende Absenkung sozialer Standards durch das Wirtschaftsabkommen zwischen EU und USA
- Riegler: "Papst bringt ökosoziale Marktwirtschaft auf den Punkt"** 6
Ex-Vizekanzler und Ehrenpräsident des Ökosozialen Forums: Leider wird zu wenig auf Papstdokumente zur christlichen Soziallehre gehört - Kritik an "zerstörerischen Ideologien" in Politik, Wirtschaft und Medien
- Leitl: Unternehmen haben "Fairantwortung" für Gesellschaft** 7
Wirtschaftskammerpräsident in "Kathpress"-Interview: Schon Leo XII. fragte vor 125 Jahren in "Rerum novarum" nach adäquater Rolle für Unternehmer - Wirtschaftsforscher Schulmeister: Kirche soll Bündnispartner gegen Neoliberalismus sein
- Katholische Sozialakademie schreibt Forschungsstelle aus** 9
"P. Johannes Schasching SJ-Fellowship" der ksoe für Studienjahre 2016/17 und 2017/18 - Veranstaltungsreihe und Dossier zu 125 Jahre "Rerum novarum"
- Eine kurze Geschichte der päpstlichen Sozialzyklen** 9
Die Industrielle Revolution veränderte die moderne Arbeitswelt von Grund auf. Seit der Enzyklika "Rerum novarum" vor 125 Jahren legen die Päpste die Soziallehre der Kirche gemäß den Bedingungen ihrer Zeit aus - Hintergrundbericht von Alexander Brüggemann
- Die wohl beste Sozialzyklika aller Zeiten** 11
Unmittelbar nach dem Scheitern des "real existierenden Sozialismus" in Osteuropa veröffentlichte Papst Johannes Paul II. im Jahr 1991 mit "Centesimus annus" eine beinahe zeitlose Sozialzyklika - Ein Rückblick von Ludwig Ring-Eifel
- Die "Mutter aller Sozialzyklen"** 12
Vor 125 Jahren veröffentlichte Papst Leo XIII. "Rerum novarum" - Der katholischen Kirche wurde oft vorgeworfen, sie habe die Antwort auf die "soziale Frage" schlicht verschlafen; vielen kam die erste Sozialzyklika 1891 zu spät - Hintergrundbericht von Alexander Brüggemann

S O Z I A L E N Z Y K L I K E N I M F O K U S

Schwarz: Sozialenzykliken markieren historische Wendepunkte

Kärntner Bischof in "Kathpress"-Interview anlässlich der Jubiläen von "Rerum novarum" und "Centesimus annus": Nach Positionierungen 1891 zur Arbeiterfrage und 1991 zum Fall des Kommunismus wirbt heute Papst Franziskus für Lebensstil nach dem Grundsatz "weniger ist mehr"

Klagenfurt, 23.04.2016 (KAP) Es braucht eine ganzheitliche Ökologie, die der Gerechtigkeit dient: Mit dieser zentralen Forderung aus seiner Enzyklika "Laudato si" hat sich Papst Franziskus laut dem Kärntner Bischof Alois Schwarz in die Reihe jener Päpste gestellt, die mit ihren Sozialenzykliken immer wieder besondere Verwerfungen in der gesellschaftlichen Entwicklung markierten. Sie hätten beginnend mit Leo XIII. und "Rerum novarum" immer wieder wegweisende Impuls für das soziale Zusammenleben gesetzt - in Herausforderungen wie der Arbeiterfrage, der totalitären Systeme der 1920-er und 1930-er Jahre, dem Kalten Krieg mit seiner atomaren Bedrohung, der Verelendung des globalen Südens oder dem Zusammenbruch des Kommunismus. Franziskus werbe nun für einen "prophetischen und kontemplativen Lebensstil" nach dem Grundsatz "weniger ist mehr", so Schwarz.

Der in der Österreichischen Bischofskonferenz sowohl für Umwelt- als auch für Wirtschaft und Soziales zuständige Kärntner Bischof äußerte sich in einem "Kathpress"-Interview anlässlich der Jubiläen der Papstschreiben "Rerum novarum" und "Centesimus annus". Die erstgenannte präsentierte Leo XIII. am 15. Mai 1891 und gilt als die "Mutter aller Sozialenzykliken", hundert Jahre danach veröffentlichte Johannes Paul II. am 1. Mai 1991 "Centesimus annus".

Angesichts der Opfer, die die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008, die Eurokrise seit 2010 und Phänomene wie in den "Panama Papers" verursacht habe, ist es für Bischof Schwarz "vermessen, von einem Sieg des Kapitalismus zu sprechen". Vor diesem Triumphalismus und der Gefahr verweigerter Systemkorrekturen hatte schon Johannes Paul II. die westlichen Staaten nach dem Scheitern des Kommunismus gewarnt. Der von Papst Leo empfohlene "dritte Weg" zwischen einem sozialvergesenen Liberalismus und kollektivfixierten Kommunismus könnte nach dem Dafürhalten von Schwarz in einer

ökosozialen Marktwirtschaft liegen, die eine ihrer Wurzeln in der Soziallehre der Kirche sieht. "Obgleich im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung weltweit eine gewisse Vereinheitlichung festzustellen ist, wird es unterschiedliche Lösungsansätze brauchen, die der jeweiligen Region, Kultur und den politischen Systemen angemessen sind", erklärte der Bischof.

Die begrenzten Ressourcen der Erde und zunehmende Umweltkrisen erforderten freilich eine Umkehr im Sinne von Papst Franziskus: Wachstum sei nicht einzig am steigenden Konsum zu bemessen. Und es brauche eine "Abkehr von einseitigen Messungen der Wirtschaftsleistung und des Wachstums anhand isolierter Parameter" - nach der Einschätzung von Bischof Schwarz ein "Auslaufmodell". Er empfiehlt demgegenüber einen offenen Dialog mit weltweiten Bestrebungen, die sich mit "Wohlstand ohne Wachstum" und mit alternativen regionalen - "und deshalb weniger krisenanfälligen" - Wirtschaftsmodellen beschäftigen. Schwarz erinnerte hier an die auch im ökumenischen Sozialwort aufgeführten Ansätze von alternativen Ökonomien und "Sozialregionen".

"Qualität löst Quantität ab"

"Qualität löst Quantität ab" - so das Plädoyer von Bischof Schwarz im Sinne des Papstes. "Wir bewahren den Planeten Erde, indem wir seine Ökosysteme weniger, pfleglicher und anders nutzen." Nachhaltigkeit sei aber auch untrennbar mit dem Streben nach höherer Lebensqualität verknüpft, wies Schwarz hin. Sie setze Wachstum, Aufstieg und Fülle voraus, "allerdings geht es dabei nicht um quantitatives Wachstum, sondern um persönliches und kollektives Wachstum, das von Ehrfurcht, Achtsamkeit, Gerechtigkeit und Solidarität gekennzeichnet ist". Gelingen die Umkehr dazu, "werden wir weltweit auch Fortschritt und Wohlstand in-

nerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Erde schaffen", zeigte sich der Bischof optimistisch.

Befragt nach konkreten Beiträgen der Kirche nannte Schwarz deren Vorreiterrolle im Bereich ökosoziales Wirtschaften, die von den österreichischen Bischöfe im November 2015 mit entsprechenden Selbstverpflichtungen unterstrichen worden sei. Forderungen im Hinblick auf das Gemeinwohl auch der künftigen Generationen würden glaubwürdig, je mehr innerkirchliche Entsprechungen es dafür gebe. "Als Arbeitgeberin, Unternehmerin, Eigentümerin von Geld- und Grundvermögen, Hausherrin und Betreiberin großer Liegenschaften ist die Kirche auch Wirtschaftsakteurin", sagte Schwarz. Nachhaltigkeitmaßstäbe in Bereichen wie ethisches Investment, Energieeffizienz, Klimaschutz oder Beschaffungswesen "müssen auch in der Kirche als Wirtschaftsunternehmen wirksam sein". Zudem sei es ihm ein wichtiges Anliegen als Diözesanbischof, Wirtschaftsethik nicht nur in kircheneigenen Betrieben umzusetzen, sondern auch im Bereich der Bildung und für die Wirtschaft die passenden Angebote zu machen.

Erwartungen an Christdemokraten

Auch die Parteien mit dem "C" im Programm oder Namen sieht Bischof Schwarz im Hinblick auf eine "enkeltaugliche" Politik besonderen Erwartungshaltungen ausgesetzt. Vordergründig zeige sich bei ihnen immer wieder eine "Diskrepanz zwischen der Ebene der Werte und den gesetzten Handlungen" - wobei auch die dazwischen liegende Ebene der empirischen Rahmenbedingungen beachtet werden müsse.

Auf die Frage, ob "christliche Politik" in einem zunehmend nationalistisch ausgerichteten Europa an Bedeutung verliere, antwortete Schwarz: "Es gibt hier tatsächlich einige aktuelle Entwicklungen, die Sorge bereiten und das ganze Projekt Europa in eine Schiefelage bzw. an den Rand des Zusammenbruchs bringen." Der Bischof hält große Anstrengungen für erforderlich, "um das momentan schlingernde Schiff wieder auf Kurs zu bringen". Nationalismus mit "christlicher Politik" zu begründen "konterkariert sich von selbst", so Schwarz. "Die Kirche kann hier in keine Richtung schweigen."

Gabriel: Sozialzyklen immer noch "faszinierend aktuell"

Wiener Sozialethikerin Ingeborg Gabriel, Sozialakademie-Expertin Paloma Fernandez de la Hoz und KAB-Vertreter Philipp Kuhlmann blicken auf "Rerum novarum" und "Centesimus annus" zurück

Wien, 23.04.2016 (KAP) Wenn Papst Leo XIII. in seiner bereits vor 125 Jahren erschienenen Sozialzyklika "Rerum novarum" beklagt, dass "das Kapital...in den Händen einer geringen Zahl angehäuft (ist), während die große Menge verarmt", könnte dies "aktueller nicht sein". Die Wiener Sozialethikerin Ingeborg Gabriel nannte es in einem "Kathpress"-Interview anlässlich der Sozialzyklika-Jubiläen (100 Jahre nach "Rerum novarum" veröffentlichte Johannes Paul II. "Centesimus annus") "faszinierend, dass ein aus der mittelalterlich-thomistischen Ethik entwickeltes Denken ideologiekritisch so aktuell sein kann".

Auch die beiden anderen kirchlichen Fachleute - Paloma Fernandez de la Hoz von der Katholischen Sozialakademie (ksoe) und der Vorsitzende der "Katholischen Arbeitnehmerinnen Bewegung" (KABÖ), Philipp Kuhlmann, betonten gegenüber "Kathpress" die bleibende Relevanz von "Rerum novarum" und "Centesimus annus".

Für die an der Universität Wien lehrende Ingeborg Gabriel hat schon der damals 81-jährige Leo XIII. wesentliche Punkte benannt: die Verpflichtung der Politik auf das Gemeinwohl und Schranken gegenüber einem "Laissez-faire-Kapitalismus", der Schutz der Marginalisierten und Armen durch den Staat - vor allem durch eine effektive Sozialgesetzgebung und die Notwendigkeit eines starken sozialen Fundaments an Solidarität und Gerechtigkeit, das allein den sozialen Zusammenhalt gewährleisten kann.

Die heute viel diskutierten Thesen von Thomas Piketty oder Joseph Stiglitz über die bedrohlich wachsende Ungleichheit in einer rein liberalen Wirtschaft finden sich laut Gabriel bereits in "Rerum novarum". Noch schärfer habe Pius XI. in "Quadragesimo anno" (1931) unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise die negativen Auswirkungen eines schrankenlosen Wettbewerbs gegeißelt und die Tendenz der Finanzwirtschaft aufgezeigt, die Realwirtschaft

"auszusaugen" statt sie zu fördern. Gabriel: "All diese Fragen beschäftigten uns und die Wirtschaftswissenschaften heute weiterhin, weil sie systemimmanent sind."

"Was sind wir in Kauf zu nehmen bereit?"

"Soziale Fragen, die nach wie vor brisant sind", ortet auch Fernandez de la Hoz, Sozialhistorikerin in der ksoe. Leo XIII. habe erkannt, dass die technische Entwicklung zur Zeit der Zweiten Industriellen Revolution mit hohem menschlichem Leid einherging. "Rerum novarum" habe grundlegende Rechte der Arbeiter wie jenes auf gerechte Entlohnung und selbstständige Organisation in Erinnerung gerufen. Der Staat solle Mediationsinstanz zwischen Arbeit und Kapital und Garant der Rechte aller sein. Die Enzyklika werfe die hochaktuelle Frage nach dem Leid anderer auf, "das Menschen in Kauf zu nehmen bereit sind, um den eigenen Wohlstand aufrechtzuerhalten", wie Fernandez de la Hoz hinwies. "Es ist die Frage danach, was wir unter Fortschritt verstehen."

Johannes Paul II. habe in "Centesimus annus" 100 Jahre später den Grund für das Versagen des Kommunismus in der Verletzung der Rechte der Arbeiter gesehen und damit ein System verurteilt, das sich selbst "totverraten" habe. "Ist dies nicht aktuell für die EU-Länder?", fragte die ksoe-Expertin. Zugleich habe der Papst aus Polen keineswegs die Marktwirtschaft idealisiert und "die Entwicklung - aller Menschen! - als neuen Namen des Friedens" genannt.

Erfahrungsschatz und Grundsätze

Die von "Rerum novarum" ausgehende Soziallehre der Kirche biete mit ihrer Berücksichtigung von Gemeinwohl und Solidarität eine notwendige Korrektur zu anderen Ideologien und wurde um den Gedanken der Nachhaltigkeit ergänzt, würdigte auch KAB-Vorsitzender Kuhlmann den in den päpstlichen Sozialzyklen gebündelten "Erfahrungsschatz, dessen Grundsätze allgemeine Gültigkeit haben". Der Bogen spanne sich hier bis zu Papst Franziskus: "Arbeit und Wirtschaft, Ökologie und Leben können nicht getrennt gedacht werden."

Die Katholische Arbeitnehmerbewegung sehe diesen Vorgaben folgend ihre Aufgabe auch darin, alternative Ansätze wie z.B. lokale Initiativen einer solidarischen Ökonomie zu unterstützen. Kuhlmann erinnerte zugleich an eine "sehr alte Alternative", die in diesem Zusam-

menhang nicht vergessen werden sollte: Das Leben in Ordensgemeinschaften zeige seit bald zwei Jahrtausenden, "dass eine anderes Leben, in Gemeinschaft, fernab von Marktlogik, möglich und erfüllend sein kann".

Im Blick auf gegenwärtige wirtschafts- und geopolitische Missstände und eine mögliche positive Einflussnahme der katholischen Kirche gaben sich die drei befragten Fachleute illusionslos: Ingeborg Gabriel wertet es als negative Seite der Globalisierung, dass sozialstaatliche und ökologische Standards "massiv unter Druck gekommen" seien. International verbindliche Regelungen seien bei weltweit 196 Staaten extrem schwierig und würden durch Lobbying finanzstarker Konzerne torpediert. Die katholische Sozialethik fordere daher seit "Pacem in Terris" (Johannes XXIII., 1963) eine "Weltautorität" zur Verwirklichung eines "Weltgemeinwohls", erinnerte Gabriel: "Wir sind bisher damit viel zu wenig weit gekommen."

"Die katholische Kirche verfügt zweifellos nicht über einen Zauberstab", um komplexe Prozesse wie den vorherrschenden "Turbo-kapitalismus mit seinem "technokratischen Paradigma" zu steuern oder gar abzubauen, merkte auch Paloma Fernandez de la Hoz an. Die Kirche führe unter Papst Franziskus aber vor Augen, dass es bei der Suche nach Alternativen zwei unentbehrliche Bewegungen gibt: die Bewegung "von unten nach oben", die soziale Fragen aus der Perspektive der Armen betrachtet; und die Bewegung "von innen nach außen", die nachhaltige Veränderung der Gesellschaft mit jener "in uns selbst" verknüpft.

Philipp Kuhlmann äußerte Ärger darüber, dass heute Politiker - und auch "christlich-soziale" - Zäune statt Brücken bauen und Politik für Reiche machen würden. Dies sei ein "offensichtlicher Bruch mit den christlichen Werten". Der Sozialstaat als wesentliche Gegenmaßnahme, dass wenige immer reicher und viele immer ärmer werden, sei "ständigen Angriffen ausgesetzt" wie jüngst beim Thema Mindestsicherung. "Arme und Arbeitslose werden schikaniert und kontrolliert während Reiche ihr Geld verschieben können, Steuern 'sparen' und dabei unbehelligt bleiben", empörte sich Kuhlmann. Nach seinen Worten ist der erste Schritt zu einem selbstverantworteten, würdigen Leben für alle Menschen ein egalitärer Zugang zu Chancen in Bereichen wie Bildung, Arbeit oder soziale Absicherung.

Schambeck: Wende von 1989 brachte kein Ende der sozialen Frage

Gründungsmitglied der Päpstlichen Sozialakademie: Österreichische Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft bis heute Beispiel für Aktualität der kirchlichen Soziallehre

Wien, 23.04.2016 (KAP) 125 Jahre nach der ersten päpstlichen Sozialenzyklika "Rerum novarum" und 25 Jahre nach "Centessimus annus" hat die katholische Soziallehre nichts an Aktualität eingebüßt. Das hat der österreichische Staatsrechtslehrer Prof. Herbert Schambeck nach seiner Teilnahme an einem internationalen Kongress der Päpstlichen Sozialakademie zum Jubiläum der beiden Sozialdokumente am vergangenen Wochenende im Vatikan gegenüber "Kathpress" betont. Auch habe das Ende des Kommunismus vor über 25 Jahren "nicht das Ende der sozialen Frage bedeutet", so das Gründungsmitglied der Päpstlichen Sozialakademie. Dies beweise gerade Papst Franziskus, der mit der Enzyklika "Laudato si" die globale Verantwortung für Natur und Schöpfungsordnung in ihrer Wechselwirkung mit Sozialsystemen deutlich gemacht habe.

Als Stärke der kirchlichen Soziallehre ortete Schambeck ihr Grundprogramm, wonach "der Mensch der Weg der Kirche ist". Dieser Mensch in seiner Freiheit und Würde, die in seiner Gottesebenbildlichkeit gründet, stehe immer in Wechselwirkung mit den sozialen und politischen Umweltbedingungen. Der Soziallehre der Kirche sei daher immer an einem gegenseitigen Verstehen und Zusammenwirken von Einzelnen, Gesellschaft und Staat gelegen, wobei letzterer "kulturellen Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum und soziale Sicherheit" gewährleisten soll. "Österreich hat nach dem Zweiten Weltkrieg mit seiner Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft hierzu bis heute ein wegweisendes Beispiel gegeben", diagnostizierte der ehemalige Präsident des Bundesrates. Mit diesem Modell sei es auch gelungen, "die Solidarität der Menschen im Sozialleben" mit dem "Erfordernis der Subsidiarität im Staat" zu verbinden, so Schambeck mit Bezug auf zwei grundlegende Prinzipien der katholischen Soziallehre.

Eine wesentliche Frage sei es, wie die politischen, liberalen, sozialen und existentiellen Grundrechte des Menschen als Ausdruck seiner Würde und Freiheit im Verhältnis zum Staat umgesetzt und "positiviert" werden können. Die Soziallehre der Kirche plädiere dabei für ein "Zustandekommen einer partnerschaftlichen Ordnung des gegenseitigen Verstehens von Einzelnen, Gesellschaft und Staat", so Schambeck. Damit sei gesichert, dass es zu keiner "Vergesellschaftung des Staates auf Kosten seiner Autorität" komme, wo der Staat nur ein "Clearinghaus der Gruppeninteressen" ist. Gleichzeitig sei damit einer "Verstaatlichung der Gesellschaft auf Kosten der Freiheit des Einzelnen" eine Absage erteilt.

Wie diese unterschiedlichen Sphären miteinander verbunden und aufeinander verwiesen seien, habe zuletzt Papst Franziskus in "Laudato si" deutlich gemacht. In der "Sorge um das gemeinsame Haus" seien die Individualverantwortung des Einzelnen sowie die Sozialverantwortung in Gesellschaft und Staat gleichermaßen angesprochen.

Die Soziallehre der Kirche zeichne nicht nur ihre weltweite Wirksamkeit aus, weil sie Katholiken in allen Erdteilen anzusprechen vermag, so Schambeck. An die Gläubigen richte sich auch der Auftrag, darüber hinaus "eine Ökumene der wertestiftenden Kräfte zu ermöglichen" und das wechselseitige Verstehen im Dienstes des Friedens zu stärken.

Prof. Schambeck war der einzige österreichische Teilnehmer der hochkarätigen Konferenz der Akademie für die Sozialwissenschaften zum Thema "Centesimus Annus 25 Years Later". Vielbeachtete Vorträge hielten dabei der bolivianische Präsident Evo Morales, Ecuadors Präsident Raffael Correa sowie der demokratische US-Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders.

Theologin: Katholische Soziallehre für TTIP wichtig

Freiburger Expertin Nothelle-Wildfeuer gegen drohende Absenkung sozialer Standards durch das Wirtschaftsabkommen zwischen EU und USA

Freiburg, 23.04.2016 (KAP/KNA) Gegen ein Absenken sozialer Standards durch das Wirtschaftsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA hat sich die Freiburger Theologin Ursula Nothelle-Wildfeuer gewandt. Es gelte, den europäischen, am Wohl des Menschen ausgerichteten Wirtschaftsstil - inspiriert von der Katholischen Soziallehre - zu verteidigen, sagte Nothelle-Wildfeuer in Freiburg. Gegenüber der deutschen katholischen Nachrichtenagentur KNA verwies sie als Beispiele auf Arbeitsrecht, Gesundheitsschutz, Transparenz oder Regeln für die Gerichtsbarkeit in Streitfällen. "Überall hier müssen die Standards der Humanität und Gerechtigkeit gewahrt und ausgebaut werden."

In der Flüchtlingspolitik rief die Theologin zu einem barmherzigen und gerechten Umgang mit Schutzsuchenden auf. "Wir können ja nicht sagen, der christliche Grundsatz von

Barmherzigkeit und Nächstenliebe gilt nur in den privaten vier Wänden. Dann wäre der Schritt nicht mehr weit zu sagen: Die Flüchtlinge stören und gefährden doch nur unser Gemeinwohl und deshalb bleiben die besser mal draußen."

Nothelle-Wildfeuer appellierte an die Bürger, sich bei ökonomischen oder sozialen Fehlentwicklungen zu Wort zu melden. Die Debatten dürften nicht den Ökonomen und Juristen überlassen werden. Sie erinnerte zum 25. Jahrestag der Sozialenzyklika "Centesimus annus" am 1. Mai daran, dass Kapitalismus immer in eine rechtsstaatliche Ordnung eingebunden werden müsse. In dem Lehrschreiben hatte Papst Johannes Paul II. 1991 nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ein Wirtschaftssystem gefordert, das den Menschen und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellt.

Riegler: "Papst bringt ökosoziale Marktwirtschaft auf den Punkt"

Ex-Vizekanzler und Ehrenpräsident des Ökosozialen Forums: Leider wird zu wenig auf Papstdokumente zur christlichen Soziallehre gehört - Kritik an "zerstörerischen Ideologien" in Politik, Wirtschaft und Medien

Wien, 23.04.2016 (KAP) Wenn Papst Franziskus in "Laudato si" von der engen Verbindung zwischen der ökologischen und der sozialen Krise spricht, bringt er die "Ökosoziale Marktwirtschaft auf den Punkt": Das hat deren prominentester Vertreter in Österreich, der frühere ÖVP-Vizekanzler Josef Riegler, gesagt. In der "großartigen, aufrüttelnden" Enzyklika befürwortete Franziskus "eine Politik, deren Denken einen weiten Horizont umfasst und die einem neuen, ganzheitlichen Ansatz zum Durchbruch verhilft". Genau das wolle auch die Ökosoziale Marktwirtschaft, wies der 77-jährige Ehrenpräsident des Ökosozialen Forums im Gespräch mit "Kathpress" hin - "eine neue Synthese zwischen leistungsfähiger Marktwirtschaft, sozialer Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit unter Respektierung der unterschiedlichen Kulturen".

Anlass für das Interview mit Riegler waren die Jubiläen der päpstlichen Sozialenzyk-

liken "Rerum novarum" (Leo XIII., 15. Mai 1891) und "Centesimus annus" (Johannes Paul II., 1. Mai 1991). Sie seien wie alle Dokumente der katholischen Soziallehre ein "Kompass für eine zukunftsfähige und friedliche Entwicklung der Menschheit", würdigte der Politiker. Nachsatz: "Leider wurde und wird zu wenig darauf gehört." Papst Franziskus gebe mit "Laudato si" einen Anstoß zum größten kulturellen Wandel in der bisherigen Geschichte - zum "Umstieg von einer 'Zivilisation des Raubbaus' hin zu einer 'Zivilisation der Nachhaltigkeit', die auf Dauer mit dem Natursystem unseres Planeten verträglich ist".

Eine Orientierungshilfe in diese Richtung sei "wichtiger und aktueller denn je". Denn im Agieren von Politik, Wirtschaft und Medien dominieren laut Riegler "sehr oft einseitige und zerstörerische Ideologien". Seit dem Fall des Kommunismus vor 25 Jahren beherrsche ein "profitgetriebener, ausbeuterischer Kapitalis-

mus" das Weltgeschehen - ein "höchst problematischer Sieg des 'US-Modells'", befand Riegler. Christdemokratische Parteien seien ebenso wie sozialdemokratische Parteien in dessen Sog geraten. "Zwischen Formulierungen in Grundsatprogrammen und Sonntagsreden einerseits und dem praktischen Handeln andererseits besteht leider oft eine große Diskrepanz", bedauerte der frühere ÖVP-Obmann. Als "vertane Chance" bezeichnete er die Steuerreform von 2015, zudem fehlten ihm bisher konkrete Konsequenzen aus dem Klimavertrag von Paris, wie er auch die Unterdotierung der Entwicklungszusammenarbeit kritisierte.

Appell an Regierungen: "Wacht auf!"

"Einer der größten politischen Skandale" sind für Riegler die nach wie vor blühenden Steueroasen und die Steuerhinterziehung. Die britische Entwicklungshilfeorganisation OXFAM habe im Jänner 2016 aufgezeigt, dass weltweit ein einziges Prozent der Menschen genau so viel an Vermögen besitzt wie die restlichen 99 Prozent. Die "himmelschreiende Kluft zwischen Arm und Reich" sei ein "Nährboden für Hass, Terror und Revolutionen". Nationalismus und Fanatismus würden immer mehr zur weltweiten Bedrohung, so Rieglers düstere Diagnose.

"Man kann nur sagen: 'Regierungen, wacht auf, bevor es zu spät ist!'", warnte Riegler. Die "Bessinnung auf eine ehrliche, grundsatzgetreue, mutige Politik" wäre nach seiner Einschätzung ein probates Gegenmittel und "vielleicht die einzige Chance" für die bisher "staatstragenden" Parteien, "um sich gegen verantwortungslose, hetzerische Populisten wieder erfolgreicher behaupten zu können".

Weltweites Umdenken hat begonnen

Josef Riegler sieht allerdings auch schon Anzeichen für ein weltweites Umdenken, ausgelöst durch den "Fast-Zusammenbruch" der Finanzwirtschaft im Jahr 2008. Alle wichtigen globalen Institutionen würden sich heute zu einem Paradigmenwechsel in Richtung "green and inclusive economy" und damit zu einer ökosozialen Wende bekennen - der allerdings durch die Macht weltumspannender Konzerne ein steiniger Weg sei. Die Kirchen könnten laut Riegler "entscheidend zum globalen Paradigmenwechsel beitragen, indem sie unerschrocken ihre Stimme erheben für Menschenwürde, Gerechtigkeit, Solidarität und Gemeinwohl". Papst Franziskus sei dafür ein "leuchtendes Beispiel", so Riegler.

Leitl: Unternehmen haben "Fairantwortung" für Gesellschaft

Wirtschaftskammerpräsident in "Kathpress"-Interview: Schon Leo XII. fragte vor 125 Jahren in "Rerum novarum" nach adäquater Rolle für Unternehmer - Wirtschaftsforscher Schulmeister: Kirche soll Bündnispartner gegen Neoliberalismus sein

Wien, 23.04.2016 (KAP) Unternehmen haben "Fairantwortung" gegenüber ihrer Umwelt, ihren Mitarbeitern, ihren Kunden, gegenüber der Gesellschaft: Das hat der Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl in einem "Kathpress"-Interview anlässlich der Jubiläen der päpstlichen Sozialzyklen "Rerum novarum" (Leo XIII., 15. Mai 1891) und "Centesimus annus" (Johannes Paul II., 1. Mai 1991) unterstrichen. Schon Papst Leo XIII. habe vor 125 Jahren "Wegweisendes" und bleibend aktuelle Fragen formuliert: Leitl nannte hier "Wie kann Arbeit so verteilt und gestaltet werden, dass jeder partizipiert?" und "Welche soziale und gesellschaftspolitische Rolle kommt Unternehmen zu?". Diese Fragestellungen seien insofern noch immer modern, als sie Auslegungen der wirt-

schaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen ihrer Zeit beinhalteten. Heute sieht der WKÖ-Präsident neue Herausforderungen durch Digitalisierung, die Zunahme internationaler Konflikte, die Flüchtlingswelle und die andauernde Wirtschaftskrise. Über Jahrzehnte und Jahrhunderte sei das Gemeinwohl als zentrale Säule des menschlichen Zusammenlebens gesehen worden. "Ohne diesen Kitt wird es wohl auch in Zukunft nicht möglich sein, als Gesellschaft erfolgreich zusammenzuleben", betonte Leitl.

Die Wirtschaftskammer setze stark auf Corporate Social Responsibility (CSR) als Ausdruck ihrer Verantwortung und als "ein Gegensteuern von unten, wo Wirtschaftsethik tatsächlich gelebt wird". Hier geschieht laut Leitl

bereits vieles: "Jeder kennt Betriebe, die sich für das Allgemeinwohl engagieren, die spenden, die sich schlicht 'anständig' und fürsorglich verhalten." Von der katholischen Kirche würde sich der WKÖ-Präsident wünschen, Arbeit noch stärker "als wesentlichen Teil unseres Lebens zu betonen", der zum eigenen Lebenssinn und zum Gemeinwohl beitrage - "auf Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite".

Papst Franziskus habe in "Laudato si" festgehalten, dass Politik und Wirtschaft im Dialog und mit ganzheitlichem Denken für die volle menschliche Entfaltung zu arbeiten haben. Leitl bekannte sich dazu, mit Ressourcen, Rohstoffen, mit Umwelt und Klima sorgsamer umzugehen. "Fakt ist aber auch, ohne Wachstum werden wir Armut und Arbeitslosigkeit bei einer zunehmenden Weltbevölkerung weder in einzelnen Ländern noch global bekämpfen können." Erforderlich ist laut dem höchsten Repräsentanten der heimischen Wirtschaft "kein bedingungsloses Wachstum um jeden Preis", wohl aber eine "kluge, verantwortungsvolle, effiziente und qualitative Wachstumsstrategie".

Der schon von Papst Leo empfohlene "dritte Weg" zwischen Kapitalismus und Kommunismus ist nach dem Dafürhalten Leitls in Skandinavien, Deutschland, aber auch in Österreich mit modern ausgestalteten Sozialstaaten realisiert worden. Dabei würden Gelder für notwendige Leistungen sozialpartnerschaftlich von Unternehmen und Arbeitnehmern aufgebracht.

Hinweise auf die wachsende soziale Ungleichheit relativierte Leitl: Armut sei in globaler Sicht nicht überall mehr, sondern vielerorts auch weniger geworden. In Ländern wie China oder Indien seien in den vergangenen Jahren viele Millionen Menschen in die Mittelschicht aufgestiegen. Auch in Österreich ging laut Statistik Austria die Zahl der Armutsgefährdeten zuletzt zurück, wies der WKÖ-Chef hin. "Den Schwächeren in der Gesellschaft ist zur Seite zu stehen - aber andererseits dürfen Leistungsträger nicht schlechter behandelt werden als Leistungsempfänger", sagte Leitl.

Franziskus in Situation "übersetzen"

Die katholische Kirche könnte die vom neoliberalen Mainstream infizierte politische Landschaft kontrastieren, wenn sie die Botschaften von Papst Franziskus für die Armen und Ausgegrenzten in die jeweilige Situation eines Landes "übersetzen" würde. Dabei würde sich der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister von Kirchenvertretern eine "deutliche Sprache" - etwa aktuell bei der Asylgesetznovelle - wünschen, wie er im Gespräch mit "Kathpress" über die Relevanz der katholischen Soziallehre sagte. In Österreich gäbe es mit dem 2003 veröffentlichten ökumenischen Sozialwort eine nach wie vor aktuelle Grundlage dafür, soziale Verantwortung der Politik einzumahnen.

Schulmeister beschrieb eine schon in den 1970er Jahren einsetzende Entwicklung, in Wirtschaft und Gesellschaft auf die Dominanz der Märkte gegenüber der Politik und damit auf Konkurrenz statt Kooperation zu setzen. Auch christlich soziale Parteien, die sich zu anderslautenden Grundsätzen bekennen, seien "neoliberalisiert" worden. Und der Neoliberalismus schaffe durch seine Option für schrankenlose Marktwirtschaft Probleme wie Arbeitslosigkeit, deren Behebung er erneut für die eigene Propaganda nützt - in Form einer "Sparpolitik", die den Sozialstaat aushöhlt und das Prekariat verstärkt, wie Schulmeister hinwies.

Die Folge dessen, dass die traditionell staatstragenden Parteien "ihre Rolle nicht mehr spielen", sei, dass rechtsgerichtete Gruppen dafür Zustrom erhielten, "soziale Wärme" in nationalen Volksgemeinschaften zu versprechen. Freilich, so der Wirtschaftsforscher, kombiniert mit "Außenfeinden" - früher die Juden, heute die Muslime. Gegenzusteuern wäre hier nur mit einem quer über Parteien und Verbände verlaufenden Schulterchluss jener vielen Menschen, "die sagen "so kann's nicht weitergehen". Doch die dafür notwendige Basis - die Organisation von Interessen - sei bisher nicht in Sicht, bedauerte Schulmeister. Papst Franziskus tue auf übernationaler Ebene, was er tun kann; konkretisiert werden müsse seine Botschaft aber vor Ort.

Katholische Sozialakademie schreibt Forschungsstelle aus

"P. Johannes Schasching SJ-Fellowship" der ksoe für Studienjahre 2016/17 und 2017/18

Wien, 23.04.2016 (KAP) Die Katholische Sozialakademie Österreichs (ksoe) hat für die Studienjahre 2016/17 und 2017/18 die "P. Johannes Schasching SJ-Fellowship" ausgeschrieben. Es handelt sich dabei um eine Forschungsstelle für Sozialethik im Geist des österreichischen Jesuiten P. Schasching (1917-2013), der nach seiner Emeritierung an der Gregoriana in Rom von 1991 bis 2005 an der ksoe wirkte. Ziel sei - wie beim ersten, derzeit laufenden Forschungsjahr dieser Reihe - die Entwicklung sozialetischer Perspektiven, die "Orientierung und Unterstützung im gesellschaftlichen Wandel" bieten, kündigte die Sozialakademie am Freitag an.

Die Schasching-Fellowship hat mit dem deutschen Wirtschaftsethiker und Diplom-Volkswirt Sebastian Thieme im Arbeitsjahr 2015/16 begonnen. Er behandelt wirtschaftsethische Fragestellungen wie "Selbsterhaltung als ethisches und sozialpolitisches (Mindest-)Kriterium für ein 'gutes Leben'". Jedes der beiden kommenden Forschungsjahre will die ksoe einem Thema widmen, für das jeweils ein weiterer Schasching-Fellow ein Jahr lang wissenschaftlich in der ksoe tätig ist. Zur Auswahl stehen laut der Aussendung die vier Themenfelder "Laudato si - Ethik der Nachhaltigkeit", "Primat des Marktes", "Zeit-Architektur" und "Solidarisch Wirtschaften".

Interessierte müssen in Theologie oder einem themenrelevanten Studienfach promoviert haben, eigenständig wissenschaftlich arbeiten können und teamfähig sein. Bewerbungen sind bis 30. Juni möglich. (Info: www.ksoe.at).

Mit einer Veranstaltungsreihe unter dem Titel "Arbeit im Wandel" und einem Dossier greift die Katholische Sozialakademie das 125-

Jahr-Jubiläum der Sozialenzyklika "Rerum novarum" auf, die als Initialzündung für die katholische Soziallehre gilt.

Eröffnet wird die Veranstaltungsreihe am 25. April um 19 Uhr in Graz (Cafe Promenade, Erzherzog-Johann-Allee 1, 8010 Graz) mit einem Vortrag der ksoe-Expertinnen Margit Appel und Gerlinde Schein über "Das Ende der Hierarchie in der Arbeitswelt?" In Linz ("Treffpunkt mensch & arbeit" in der "Voestalpine", Wahringerstraße 30) folgt am 11. Mai ein Abend zum Thema "Arbeit im Wandel - Gute Arbeit für ein gutes Leben. 125 Jahre Katholische Soziallehre" u.a. mit der Wiener Politikwissenschaftlerin Beate Littig.

Der Schlusspunkt unter dem Titel "Gesellschaft im Wandel. 125 Jahre Soziallehre UNTERWEGS" wird am 2. Juni 2016 im ÖGB-Catamaran (Johann-Böhm-Platz 1, A-1020 Wien) in Wien gesetzt: ksoe-Direktorin Magdalena Holztrattner trifft dabei mit Thomas Wallimann-Sasaki, dem Leiter des Sozialinstituts der KAB in der Schweiz, sowie Mechthild Hartmann-Schäfers von der Stiftung "Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung" (ZASS) der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands zusammen.

Das ksoe-Dossier "Wirtschaft, menschengerecht gedacht?" anlässlich 125 Jahre Soziallehre greift in der Ökonomie auffindbare Menschenbilder und Gesellschaftsbilder auf. Präsentiert wird es am 24. Mai in Wien u.a. mit "Schasching-Fellow" Sebastian Thieme und Wirtschaftswissenschaftler Stephan Pühringer von der Johannes Kepler Universität Linz.

Eine kurze Geschichte der päpstlichen Sozialenzykliken

Die Industrielle Revolution veränderte die moderne Arbeitswelt von Grund auf. Seit der Enzyklika "Rerum novarum" vor 125 Jahren legen die Päpste die Soziallehre der Kirche gemäß den Bedingungen ihrer Zeit aus - Hintergrundbericht von Alexander Brüggemann

Wien, 23.04.2016 (KAP/KNA) *Die Umwälzungen der Industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts warfen mit Macht die sogenannte Soziale Frage der Arbeiterschaft auf. Als Antwort der Kirche*

legte Papst Leo XIII. am 15. Mai 1891, vor 125 Jahren, seine Enzyklika "Rerum novarum" vor. Seitdem haben die Päpste regelmäßig die Soziallehre der Kirche gemäß den wirtschaftlichen,

politischen und gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Zeit ausgelegt. "Kathpress" stellt die wichtigsten Eckpfeiler bis heute vor:

"Rerum novarum" (Über die neuen Dinge) ist das erste päpstliche Rundschreiben zur Arbeiterfrage und das grundlegende Dokument der katholischen Soziallehre. Verfasst vor dem Hintergrund der Industriellen Revolution, setzt sich "Rerum novarum" mit den gesellschaftlichen Verwerfungen des Sozialismus und des Liberalismus auseinander. Leo XIII. beklagt die oft sklavenähnliche Lage der Arbeiterschaft, wendet sich aber gegen den Klassenkampf und plädiert für eine Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Er verteidigt das Privateigentum, betont aber seine Sozialverpflichtung. Weitere zentrale Forderungen sind gerechte Löhne und staatlicher Schutz für Arbeitnehmer.

40 Jahre später aktualisiert Pius XI. 1931 in der Enzyklika **"Quadragesimo anno"** die Lehren von Leo XIII. Unter Mitgestaltung der deutschen Jesuiten Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning richtet er sein Augenmerk vor allem auf die Gesellschaftsordnung aus christlicher Sicht. Pius XI. entfaltet unter anderem das Prinzip der Subsidiarität, nach dem das jeweils gesellschaftlich oder institutionell untergeordnete Glied alle Probleme und Aufgaben möglichst eigenständig lösen soll. Nur wenn die Aufgabe zu groß ist, soll die übergeordnete Instanz in die Verantwortung treten. Zudem grenzt "Quadragesimo anno" Christentum und Sozialismus differenziert voneinander ab. Die Quintessenz lautet freilich, es sei "unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein".

Die Enzyklika **"Mater et magistra"** (Mutter und Lehrerin) von Papst Johannes XXIII. aus dem Jahr 1961 haben Zeitgenossen auch als "Mitbestimmungs-Enzyklika" bezeichnet. Sie spricht den Arbeitern ein Recht auf aktive Teilnahme am eigenen Unternehmen zu. Erstmals werden auch Probleme der wirtschaftlich weniger stark entwickelten Länder und damit auch die Frage des Gemeinwohls in globaler Perspektive thematisiert.

Zwei Jahre nach Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils behandelt Paul VI. 1967 in seinem wichtigsten Sozialschreiben **"Populorum progressio"** (Der Fortschritt der Völker) die Themen

Frieden und Gerechtigkeit. In der Enzyklika wird ein gerechter Ausgleich zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern verlangt. Als Schlüsselwort für globale Gerechtigkeit führt Paul VI. den Begriff der "Entwicklung" in die katholische Soziallehre ein, der auch mehr Teilhabe an Bildung, sozialem und politischem Leben bedeute. Revolution als Mittel dorthin lehnt der Papst ab. Dennoch räumt er "im Fall der eindeutigen und lange dauernden Gewaltherrschaft" auch die Möglichkeit eines legitimen Umsturzes ein.

"Laborem exercens" ist 1981 die erste von mehreren Sozialenzykliken von Johannes Paul II. (1978-2005). Sie befasst sich mit dem Wert der menschlichen Arbeit und sucht einen "dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Analysiert werden soziale Fehlentwicklungen sowohl im bereits brüchiger werdenden kommunistischen System wie auch im wirtschaftlich erfolgreichen Kapitalismus. Mit Blick etwa auf wachsende Arbeitslosigkeit im Westen betont der Papst unter anderem den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. Mit Blick auf den Kampf der Gewerkschaft "Solidarnosc" erklärt er das Recht auf Gewerkschaften zum unantastbaren Grundrecht.

Zum 20. Jahrestag von "Populorum progressio" widmet sich 1987 Johannes Paul II. nach dem Gegensatz von Ost und West nun auch dem Nord-Süd-Konflikt. **"Sollicitudo rei socialis"** ("Die Sorge um das Soziale") ermahnt den reichen Norden zu wirksamer Hilfe. Zugleich fordert der Papst darin grundlegende Reformen in den Entwicklungsländern ein.

Zum 100. Jahrestag (**"Centesimus annus"**) von "Rerum novarum" - und zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa - rechnet der Papst aus Polen 1991 nicht nur mit dem untergegangenen System ab, sondern auch mit den Auswüchsen eines ungezügelten Kapitalismus. Gewürdigt wird erstmals in dieser Deutlichkeit die positive Rolle des Unternehmertums für eine funktionierende Volkswirtschaft. Verfechter des klassischen Konzepts einer Sozialen Marktwirtschaft lesen das Dokument als päpstliches Bekenntnis zu dieser Idee.

Die erste Sozialzyklika von Papst Benedikt XVI. (2005-2013) trägt 2009 den Titel "**Caritas in veritate**" (Die Liebe in der Wahrheit). Sie beschäftigt sich mit den Folgen der Globalisierung und der Wirtschafts- und Finanzkrise für das menschliche Zusammenleben. Eigentlicher Anlass war der 40. Jahrestag von "Populorum progressio" (1967/2007). Das bereits nahezu fertiggestellte Dokument wird jedoch mehrfach umgearbeitet und aktualisiert, zuletzt nach Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.

"**Laudato si**" von Papst Franziskus (2015) gilt zwar als die erste päpstliche "Umweltenzyklika". Das Schreiben ist aber auch eine "grüne Sozialzyklika" - denn Franziskus vertritt eine "ganzheitliche Ökologie" aus der Sicht der Ärmsten. Über Umweltschutz kann man aus Sicht von Franziskus nicht sprechen, ohne soziale Gerechtigkeit, das globale Wirtschaftssystem, die Flüchtlingsproblematik und die Menschenrechte in den Blick zu nehmen.

Die wohl beste Sozialzyklika aller Zeiten

Unmittelbar nach dem Scheitern des "real existierenden Sozialismus" in Osteuropa veröffentlichte Papst Johannes Paul II. im Jahr 1991 mit "Centesimus annus" eine beinahe zeitlose Sozialzyklika - Ein Rückblick von Ludwig Ring-Eifel

Vatikanstadt, 23.04.2016 (KAP/KNA) Wenn Päpste eine Sozialzyklika, also ein offizielles Lehrschreiben zu gesellschaftlichen Fragen, verfassen, ist ihnen Aufmerksamkeit gewiss. Denn weil die Kirche ein "global player" mit einer langen Erfahrung in sozialen Konflikten und gesellschaftlichen Veränderungen ist, hat das Wort ihres Oberhauptes bei diesem Thema Gewicht. Als Papst Johannes Paul II. im Jahr 1991 die Enzyklika "Centesimus Annus" veröffentlichte, war die weltweite Resonanz besonders groß.

Der Papst schrieb sie auf dem Höhepunkt seines politischen Triumphes, unmittelbar nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Osteuropa. Mit großer Spannung wurde damals erwartet, was der Ideengeber der polnischen Gewerkschaftsbewegung "Solidarnosc", der gewaltlose Bezwinger der sowjetischen Herrschaft in Europa, in dieser historischen Stunde über den Kommunismus, die Marktwirtschaft und den Kapitalismus schreiben würde.

Auch der Zeitpunkt war epochal: Genau 100 Jahre waren vergangen seit der historischen ersten Sozialzyklika überhaupt, dem Papstwort "Rerum novarum", in dem sich Leo XIII. der Arbeiterfrage gestellt hatte. Johannes Paul II. hatte also gleich einen doppelten Anlass, Rückschau zu halten: auf 100 Jahre katholische Soziallehre und auf die Ereignisse der damals aktuellen Wendejahre, die mit der offiziellen Abwicklung der Sowjetunion am 31. Dezember 1991 ihren Abschluss finden sollten.

Gerechte Teilhabe und Privateigentum

In "Centesimus annus" schlug Johannes Paul II. gedanklich einen Bogen von der Analyse Leos XIII. bis zu den Ereignissen seiner Jetzt-Zeit: Das Scheitern des "realen Sozialismus" habe das bestätigt, was jener Papst bereits 100 Jahre zuvor geschrieben hatte. Weil der Marxismus von einem falschen Menschenbild ausging, das naturgegebene Recht auf Privateigentum verneinte und alle Macht dem Staat geben wollte, war er zum Scheitern verurteilt. Bewährt habe sich hingegen die Vision der katholischen Soziallehre, die das Recht der Ausgebeuteten und Unterdrückten auf gerechte Teilhabe am Reichtum einforderte und gleichzeitig das Recht auf Eigentum anerkannte.

In der Analyse der Ereignisse, die zur Wende von 1989/90 führten, preist er den Erfolg der gewaltfreien Revolution der "Solidarnosc"-Bewegung in Polen. Zugleich zeichnet er das große, streckenweise düstere Panorama des damals zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts mit den beiden Weltkriegen, dem Ende der Kolonialherrschaft und der immer breiteren Umweltzerstörung.

Alles in allem aber überwiegt in dem Text ein optimistischer Grundton. Der Papst erkennt die Vorzüge des demokratischen Systems, der arbeitsteiligen Wirtschaft und des freien Unternehmertums ausdrücklich an. Vorsichtig, aber klar begrüßt er nach dem Scheitern des realen Sozialismus die positiven Auswirkungen des freien Marktes und formuliert: "Sowohl auf

nationaler Ebene der einzelnen Nationen wie auch auf jener der internationalen Beziehungen scheint der freie Markt das wirksamste Instrument für die Anlage der Ressourcen und für die beste Befriedigung der Bedürfnisse zu sein."

Zugleich grenzt er sich von einem möglichen Missverständnis ab und schreibt: "Massen von Menschen leben noch immer in Situationen großen materiellen und moralischen Elends. Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems beseitigt sicher in vielen Ländern ein Hindernis in der sachgemäßen und realistischen Auseinandersetzung mit diesen Problemen, aber das reicht nicht aus, um sie zu lösen. Es besteht die Gefahr, dass sich eine radikale kapitalistische Ideologie breitmacht, die es ablehnt, sie auch nur zu erwägen, da sie glaubt, dass jeder Versuch, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, von vornherein zum Scheitern verurteilt sei, und ihre Lösung in einem blinden Glauben der freien Entfaltung der Marktkräfte überlässt."

Soziallehre als "Dritter Weg"

Und wie sollte es nun weitergehen? Ohne das Wort zu gebrauchen, empfahl der Papst die katholische Soziallehre als eine Art "Dritten Weg" zwischen dem ungezügelter Kapitalismus auf der einen und dem Kommunismus auf der anderen Seite. Und so mahnte er: "Die westlichen Länder laufen Gefahr, im Scheitern des Kommunismus den einseitigen Sieg ihres Wirtschaftssystems zu sehen, und kümmern sich daher nicht darum, an ihrem System die gebotenen Korrekturen vorzunehmen." Mit Blick auf die Entwicklungsländer schrieb er: "Die

Länder der Dritten Welt befinden sich mehr denn je in der dramatischen Situation der Unterentwicklung, die mit jedem Tag ernster wird."

Dass die Enzyklika "Centesimus annus" ein großer Wurf war, zeigt sich nicht nur in der damals breiten Zustimmung über alle parteipolitischen Lager hinweg. Bis heute zählt sie zu den oft zitierten Standardwerken. Zudem wurde sie Namensgeberin der internationalen Stiftung "Centesimus Annus Pro Pontifice". Diese versucht, die Konzepte der katholischen Soziallehre weiterzuentwickeln und sie auch in Ländern bekannt zu machen, die das Modell der "sozialen Marktwirtschaft" bislang nur vom Hörensagen kennen.

Die eigentliche Nagelprobe für den Wert der Enzyklika ist jedoch die Überprüfung der in ihr enthaltenen Vorhersagen. Ein Vierteljahrhundert später zeigt sich, wie gut Johannes Paul II. informiert war und welchen Weitblick er damals hatte. Fast alle "Prophezeiungen" aus "Centesimus annus" sind eingetreten. So schrieb der Papst, der Erfolg der friedlichen Revolutionen in Osteuropa werde auch auf Länder der Dritten Welt ausstrahlen und dort zu Umwälzungen führen. Ohne Jugoslawien und die Ukraine beim Namen zu nennen, sagte er zugleich das Aufbrechen gewaltsamer nationaler Konflikte in den befreiten Gebieten Osteuropas voraus. Er warnte vor dem Heraufdämmern eines neuen religiösen Fundamentalismus, und er sagte voraus, dass der radikale Kapitalismus für die Probleme der globalen Wirtschaft nicht die Lösung sein könne.

Die "Mutter aller Sozialenzykliken"

Vor 125 Jahren veröffentlichte Papst Leo XIII. "Rerum novarum" - Der katholischen Kirche wurde oft vorgeworfen, sie habe die Antwort auf die "soziale Frage" schlicht verschlafen; vielen kam die erste Sozialenzyklika 1891 zu spät - Hintergrundbericht von Alexander Brüggemann

Vatikanstadt, 23.04.2016 (KAP/KNA) Seit dem Verlust des Kirchenstaates 1870 an das vereinigte Italien fühlte sich Papst Pius IX. (1846-1878) als "Gefangener im Vatikan". Für Europas politisch bedrängte Katholiken dieser politisch bewegten Zeit blieb er dennoch die herausragende Identifikationsfigur. Doch als "Fels" bewegte er sich auch nicht mehr. Die liberale Galionsfigur der 1840er Jahre starb 1878 als

Kämpfer gegen den Liberalismus. Und auch für die "Arbeiterfrage" hatte er sich in seiner extrem langen Amtszeit nicht erwärmen können.

Zu seinem Nachfolger wird Vincenzo Gioacchino Pecci gewählt, fast 68 Jahre alt und gesundheitlich nicht zum Besten gestellt. Doch Leo XIII. (1878-1903) hat einen vitalen Start: Er steuert einen Kurs zur Öffnung gegenüber der modernen Welt und durchbricht die "Festungs-

mentalität" der Kirche. Als erstes Ziel formuliert er die Aussöhnung von Kirche und Kultur. Und mit seiner Enzyklika "Rerum novarum" setzt er 1891 neue Maßstäbe in der kirchlichen Sozialverkündigung.

"Rerum novarum" ("Über die neuen Dinge") ist 1891 das erste päpstliche Rundschreiben zur Arbeiterfrage und das grundlegende Dokument der katholischen Soziallehre. Verfasst vor dem Hintergrund der Industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts, setzt sich "Rerum novarum" auf neue Weise mit den sozialen Verwerfungen des Sozialismus und des Liberalismus auseinander.

Ein Deutscher war Ideengeber

Leo XIII. konnte freilich auf Vorarbeiten eines deutschen Bischofs aufsetzen. 1848, im selben Jahr, in dem Karl Marx das Gespenst des "Kommunistischen Manifests" in Europa umgehen ließ, machte der "Bauernpastor" Wilhelm Emmanuel von Ketteler beim ersten deutschen Katholikentag, als Abgeordneter in der Frankfurter Paulskirche und in Adventspredigten im Mainzer Dom erstmals mit Ausführungen zur "Sozialen Frage" auf sich aufmerksam. Die Verelendung weiter Teile der Bevölkerung durch die Industrielle Revolution nannte er die "wichtigste Frage der Gegenwart". Seine Predigten gingen damals wie ein Weckruf durch die katholische Welt. Leo XIII. ehrte Ketteler 1891, indem er ihn als seinen "großen Vorgänger" bezeichnete.

In "Rerum novarum" beklagt der Papst eine oft sklavenähnliche Lage der Arbeiterschaft. Zugleich wendet er sich aber gegen den Klassenkampf und plädiert für eine Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Er verteidigt das Privateigentum, betont jedoch dessen Sozialverpflichtung. Weitere zentrale Forderungen sind gerechte Löhne und staatlicher Schutz für Arbeitnehmer.

Was bereits sehr nach den Grundlagen unserer Sozialen Marktwirtschaft klingt, bedeutet freilich noch keineswegs auch ein Bekenntnis zur Demokratie. In seinem 23. Pontifikatsjahr packte der 90-jährige Papst mit der Enzyklika "Graves de communi" genau dieses "heiße Eisen" an. Ihr konkreter Bezug liegt in Italien, wo die

junge Generation der christlichen Organisation "Opera dei congressi" aufbegehrte: Sie wollte sich nicht länger mit sozialen Aktivitäten und Werken begnügen, sondern christliche Partei sein.


Demokratie nicht "ins Politische verdrehen"

Die Enzyklika erkennt die Arbeit der "christlichen Demokratie" an. Der entscheidende Satz war allerdings: Leo XIII. warnt davor, den Begriff "christliche Demokratie", der lediglich das "mildtätige christliche Handeln für das Volk" bezeichnen könne, "in das Politische zu verdrehen". Die Kirche sei für alle Stände da, habe aber auch die unteren nicht zu bevorzugen. Die Gründung einer katholischen Partei wie dem deutschen "Zentrum" wünschte Leo in Italien nicht.

Sein Urteil über die Demokratie: Sie sei zeitbedingt und vom theologischen Standpunkt aus weder besser noch schlechter legitimiert als andere Staatsformen; die Entscheidung darüber sei eine politische, keine Glaubensfrage. Sei allerdings die politische Macht einmal installiert, sei sie um des Gemeinwohls willen zu akzeptieren. Damit beantwortet Leo allerdings auch die Frage, ob der Katholik Monarchist sein müsse, eindeutig mit Nein.

Mit diesen beiden Lehrschreiben hat Leo XIII. Marksteine der päpstlichen Soziallehre gesetzt. Wie prägend vor allem "Rerum novarum" war, belegt, dass sich gleich mehrere Sozialenzykliken schon mit ihrem Titel darauf rückbeziehen: so etwa "Quadragesimo anno" (Im 40. Jahr; 1931) von Pius XI. oder "Centesimus annus" (Das 100. Jahr; 1991) von Johannes Paul II.

Zunächst war das Schreiben des polnischen Papstes vor allem als eine Erinnerung an die allererste Sozialenzyklika geplant. Doch dann kam 1989 der von dem polnischen Papst so erhoffte Sturz des Sozialismus dazwischen. Mit "Centesimus annus" reagierte Johannes Paul II. auf die neue Lage. Dem geistigen Vakuum und dem erwarteten kapitalistischen Konsumismus in den postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas hielt er den bewährten Geist der katholischen Soziallehre entgegen.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Georg Pulling, Johannes Pernsteiner, Jennifer Mostögl Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	